

position

Positionspapier des DGB Baden-Württemberg

**Baden-Württemberg wählt.
Landtagswahl am 27. März 2011**

Impressum

Herausgeber:

DGB-Bezirk Baden-Württemberg
Willi-Bleicher-Straße 20
70174 Stuttgart
Tel. 0711-2028-213
info-bw@dgb.de

Verantwortlich:

Nikolaus Landgraf, DGB-Landesvorsitzender
Redaktion: Dimitrios Galagas

Am 27.03.2011 findet in Baden-Württemberg die Landtagswahl statt. Diese wichtige Wahl entscheidet, wie sich das Land für die Zukunft aufstellt. Sie entscheidet über die Arbeits- und Lebensbedingungen für uns und unsere Familien. Sie entscheidet auch über die Art, wie dieses Land künftig regiert wird und welchen Stellenwert selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger dabei haben.

Unsere Standpunkte sollen dazu anregen, sich mit den Aussagen der Parteien auseinander zu setzen und sie an der Messlatte gewerkschaftlicher Forderungen zu überprüfen. Wir wollen ein sozial gerechtes, ökologisches und demokratisches Baden-Württemberg. Von einer zukünftigen Landesregierung fordern wir die Verwirklichung gleichwertiger Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen in allen Regionen des Landes. Wir wollen eine arbeitnehmerorientierte Politik.

Am Wahlsonntag auch an Werkstage denken!
Wählen gehen!

Gutes Leben

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Immer mehr Frauen sind erwerbstätig, doch ihr Anteil an den gesamten geleisteten Arbeitsstunden steigt nicht. Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung sind weiblich. Kindererziehung und Pflege von Angehörigen lassen sich in Baden-Württemberg nur sehr schwer mit einem Vollzeitjob vereinbaren. Um Frauen ein Existenzsicherndes Einkommen zu ermöglichen und sie in ihrem Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen, braucht Baden-Württemberg endlich ein qualitativ hochwertiges und quantitativ ausreichendes Betreuungsangebot für Kinder. Hier gibt es im Land erheblichen Nachholbedarf.

Der Anteil der Frauen an allen Erwerbstätigen steigt stetig und liegt in Baden-Württemberg bei ca. 46 %. Gut 2/3 der Frauen mit Kindern sind berufstätig. Davon arbeiten aber nur 30 % in Vollzeit, alle anderen in Teilzeit bzw. als geringfügig Beschäftigte. Die Zahl der Teilzeitstellen hat sich in den letzten 20 Jahren fast verdoppelt. 82 % aller Teilzeitbeschäftigten sind weiblich, auch bei den geringfügig Beschäftigten stellen sie die Mehrheit. Frauen arbeiten hauptsächlich dann Teilzeit, wenn sie kleinere Kinder haben oder (meist zu einem späteren Zeitpunkt) Angehörige pflegen.

Junge Frauen sind heute in der Regel sehr gut qualifiziert. Um ihnen eine möglichst durchgängige Erwerbsbiografie in Vollzeit oder vollzeitnaher Teilzeit zu ermöglichen und sie in ihrem Wunsch nach Familie und Karriere zu unterstützen, braucht Baden-Württemberg ein durchgängiges Betreuungskonzept für Kinder. Ob Fachkräftemangel oder prekäre Arbeitsverhältnisse – ohne eine verlässliche Kinderbetreuung kann beidem nicht abgeholfen werden.

Nur so ist es Frauen möglich, Erwerbstätigkeit und Karriere langfristig zu planen und ökonomische Eigenständigkeit zu erlangen und zu bewahren. Und nur so werden auch die Männer ihrer Verantwortung gegenüber der Familie gerecht werden.

- Wir fordern von der Landesregierung eine verlässliche, am Bedarf orientierte, qualifizierte Kleinkindbetreuung, Ganztageskindergärten und -schulen.
- Für Zeiten, in denen die Pflege von Angehörigen organisiert und geleistet werden muss, müssen Regelungen zur Freistellung getroffen werden.

Entgeltgleichheit schaffen

Die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen hat viele Ursachen: eine hohe Teilzeitquote, familiär bedingte Ausfallzeiten und die geschlechtsspezifische Berufswahl führen zu Nachteilen bei der Bezahlung von weiblicher Erwerbsarbeit. Darüber hinaus gibt es einen tatsächlichen Unterschied in der Bezahlung; er liegt bei 12 %. Frauen verdienen weniger, weil sie Frauen sind.

Teilzeitarbeit ist weiblich und oft im Niedriglohnbereich angesiedelt. Frauen sind deshalb mehrfach benachteiligt: sie verdienen weniger, weil sie die Stundenzahl reduziert haben und weil sie sehr häufig in Branchen arbeiten, die schlecht bezahlt werden. In Baden-Württemberg beträgt der Lohnabstand 28,5 % und liegt damit über dem bundesweiten Durchschnitt von 23 %. Ein niedriger Verdienst bedeutet in der Folge geringe – bzw. bei den Minijobs gar keine – Sozialversicherungsbeiträge auf dem eigenen „Konto“. Wirtschaftliche Unabhängigkeit und eigenständige soziale Sicherung, gerade auch im Alter, ist bei solchen Arbeitsverhältnissen nicht möglich.

- Der DGB fordert Maßnahmen, die der Entgeltdiskriminierung entgegenwirken.

- Wir fordern ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft und kommunale Gleichstellungsbeauftragte, um Diskriminierung zu vermeiden und Frauenförderung zu gewährleisten.
- Für besonders benachteiligte Frauen müssen passende Qualifizierungsangebote geschaffen werden, damit sie von ihrer Arbeit leben können.

Frauen in Führungspositionen

Frauen sind in Führungspositionen kaum vorhanden. Gerade einmal 22 % aller Führungskräfte sind weiblich. Dies gilt auch für den öffentlichen Dienst. Die Ursachen sind dieselben: familiär bedingte Ausfallzeiten und der große Umfang an Teilzeitbeschäftigung. Beide Faktoren verhindern den Aufstieg in eine Führungsposition. Typisch weibliche Eigenschaften, wie soziale Kompetenz oder Konfliktlösungspotenzial, werden nicht berücksichtigt, obwohl ihr Wert unbestritten ist. Führungspositionen scheinen unteilbar zu sein.

- Die Zugangs- und Aufstiegschancen von Frauen im öffentlichen Dienst müssen verbessert werden. Das Land muss seiner Vorbildfunktion gerecht werden und Frauen den gleichberechtigten Zugang zu allen Stellen ermöglichen.
- Der DGB fordert eine Quote für Aufsichtsräte und in den Gremien der Landesregierung.
- Wir brauchen neue Arbeitszeitmodelle für Führung in Teilzeit.

Den demografischen Wandel gestalten

Für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz muss mehr getan werden, damit die Beschäftigten im Arbeitsleben gesund bleiben und auch gesund in Rente/Pension gehen können. In Baden-Württemberg muss fast jeder achte Beschäftigte aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden und hohe Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente hinnehmen. Prävention muss künftig den gleichen Stellenwert bekommen wie Heilverfahren, Pflege und Rehabilitation.

Wir fordern:

- Prävention vor Rehabilitation als Ergänzung zum Grundsatz „Rehabilitation vor Rente“.
- In Betrieben und Verwaltungen sind die gesundheitliche Prävention und der Arbeitsschutz auszubauen. Die Landesregierung muss dabei eine aktive Rolle spielen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Öffentlich ist wesentlich – für starke öffentliche Dienstleistungen

Gute und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen sichern Lebensqualität und ermöglichen Chancengleichheit, Bildung, Mobilität, kulturelle und persönliche Entwicklung. Deshalb ist öffentlich wesentlich. Wer am öffentlichen Dienst spart, der bestraft die Bürgerinnen und Bürger; denn sie sind auf die öffentlichen Leistungen angewiesen.

Der öffentliche Dienst darf sich in seinem Verwaltungshandeln, in seiner Rolle als Hoheitsträger, als Auftraggeber oder Arbeitgeber nicht einfach den kommerziellen Marktmechanismen der privaten Ökonomie unterwerfen oder anpassen. Er muss immer in der Lage sein, das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes auch unter widrigen Umständen erfüllen zu können.

Während in den Dienststellen und Betrieben des Landes und der Kommunen inzwischen umfangreiche betriebswirtschaftliche Instrumente vorhanden sind, fehlt zunehmend der Blick auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Der massive Personalabbau der letzten Jahre, Arbeitszeitverlängerung sowie Arbeitsverdichtung führen zu negativen Auswirkungen. Die tariflichen und gesetzlichen Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und

ihrer Personalräte dürfen nicht umgangen und eingeschränkt werden, sie sind zu verbessern und konsequent anzuwenden.

Gute Arbeit zeichnet sich u.a. durch ein kollegiales Klima, eine transparente, vertrauensvolle und faire Verwaltungs- und Führungskultur – die auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Blick hat – aus. Für die Beschäftigten ist ein sicherer Arbeitsplatz mit einem Einkommen, das gesellschaftliche Teilhabe und damit ein normales Leben ermöglicht, von wesentlicher Bedeutung.

Unvereinbar mit einem handlungsfähigen Sozialstaat ist eine Politik der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Aufgaben. Weitere Privatisierungsmaßnahmen, insbesondere in hoheitlichen Bereichen, wie z.B. im Strafvollzug, lehnen die Gewerkschaften ab, weil die öffentliche Sicherheit zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger dadurch beeinträchtigt wird.

- Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist ein Irrweg.
Wir setzen uns für eine Rekommunalisierung der privatisierten Daseinsvorsorge ein.
- Gute öffentliche Dienstleistungen verlangen motivierte Beschäftigte mit einem gerechten Einkommen und guten Arbeitsbedingungen.
- Der Öffentliche Dienst wird nur mit seinen Beschäftigten besser - nicht gegen sie.
- Wir wollen qualifizierte und einklagbare Mitbestimmungsrechte im Landespersonalvertretungsgesetz.

Vergabe von öffentlichen Aufträgen

Baden-Württemberg hat, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, derzeit kein gültiges Tariftreuegesetz. Aus unserer Sicht kommt einem Tariftreuegesetz große Bedeutung zu, da die öffentliche Hand durch ihre Marktmacht als Akteur bei der Vergabe von Aufträgen das Tarifsysteem wie die Arbeitsbeziehungen maßgeblich mit beeinflusst.

Der DGB fordert angesichts der aktuellen aber auch zukünftiger Entwicklungen ein Tariftreue- und Vergabegesetz, um

- die Interessen der öffentlichen Auftraggeber,
- soziale und umweltbezogene Belange,
- die Belange der Wirtschaft sowie
- den wirkungsvollen Schutz sozialer Standards

in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen.

Ein Vergabegesetz mit Tariftreuregelungen muss folgende Ziele verfolgen:

- Wettbewerbsverzerrungen bei der öffentlichen Auftragsvergabe entgegenzuwirken.
- die Verhinderung eines Verdrängungswettbewerbes über die Lohnkosten
- die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- die Entlastung der Sozialversicherungssysteme und
- den Schutz des Tarifvertragssystems.

Um eine möglichst große Wirksamkeit eines Vergabegesetzes mit Tariftreuregelungen zu erreichen, müssen

- die auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge Gegenstand von Tariftreueerklärungen werden,
- für den europarechtlich gesondert zu behandelnden Verkehrssektor eine umfassende Tariftreuregelung vorgesehen werden und
- ein vergabespezifischer Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde eingeführt werden.

Electronic Government

Das „Virtuelle Rathaus“ bzw. der Weg zum „Electronic Government“ verändern das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft, Staat und Arbeitswelt in der Region. Neue Wege der elektronischen Beschaffung bzw. der elektronischen Vergabe, virtuelle Bauämter und elektronische Signaturen verändern in drastischer Weise die Wettbewerbssituation von Handwerk, Mittelstand, Kleinbetrieben und Existenzgründungen. Einseitig vorgenommene Veränderungen der Kommunalverwaltung können zu Gefährdungen von Betrieben und Arbeitsplätzen in der Region führen.

Der DGB fordert

- eine Strategie, die die Beschäftigungssicherung durch ein regionalisiertes Konzept des Electronic Government fest schreibt.
- Beschäftigte, Betriebs- und Personalräte, Fachexperten und Vertreter/innen der Kommunen müssen gemeinsame Konzepte entwickeln, die sowohl die Gefahren für bestehende Arbeitsplätze in Verwaltung und Betrieben aber auch die Potenziale für neue Beschäftigung und Wertschöpfung aufzeigen.

Ladenschluss

Vier Jahre Ladenöffnungsgesetz in Baden-Württemberg, ohne dass Erkenntnisse über die tatsächlichen Auswirkungen der geltenden Neuregelungen zur Ladenöffnung vorliegen, nimmt der DGB zum Anlass und fordert konkret eine praktische Bestandsaufnahme und Evaluierung ein.

Der DGB setzt sich für den Erhalt des Sonntags als gemeinsamen freien Tag in unserer Gesellschaft und für sozialverträgliche Arbeitszeiten ein. Er wendet sich gegen eine fortschreitende Ökonomisierung aller Lebensbereiche.

Der DGB fordert eine systematische Untersuchung über durch die Gesetzesänderung ausgelösten Veränderungen der Neuregelungen zur Ladenöffnung unter Berücksichtigung

- der Arbeitsorganisation und der Arbeitszeitgestaltung
- der Art von Beschäftigungsverhältnissen (geringfügig Beschäftigte, Mini-, Midi-Jobs, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse) im Einzelhandel.
- ob die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten tatsächlich zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf geführt hat,
- wie sich die Zahl der jährlich durchgeführten verkaufsoffenen Sonntage seit der ausdrücklichen Begrenzung auf 3 pro Jahr entwickelt hat
- ob sich die Befürchtungen bestätigt haben, dass die Freigabe der Ladenöffnungszeiten den Verdrängungswettbewerb in der Branche verstärken könnte, da Klein- und Mittelbetriebe des Einzelhandels nur geringe Chancen haben, mit den Ladenöffnungszeiten der großen Konzerne bzw. den Ladengeschäften in privilegierten Innenstadtlagen mitzuhalten.

Innere Sicherheit

Der DGB steht für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde, für soziale Gerechtigkeit, persönliche Freiheit, Gleichheit und politische Mitverantwortung. Diese Werte verteidigt die Polizei im Verfassungsstaat. Wie lange die Polizei unseres Landes ohne zusätzliches Personal und Technik auf dem Stand der aktuellen Entwicklung noch in der Lage ist, das bisher gewohnte Niveau der inneren Sicherheit zu gewährleisten, bleibt aber abzuwarten.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung werden täglich und unmittelbar durch jede Bürgerin und jeden Bürger spürbar erlebt. Sie sind wichtige Voraussetzung für ein Leben in Freiheit und Sicherheit. Die zunehmende Tendenz, private Sicherheit auch im öffentlichen Raum zu etablieren, und Pläne wirken sich negativ auf die Sicherheitslage aus. Der DGB erteilt allen Überlegungen, den Personalabbau bei der Polizei mit dem Einsatz von Wehrpflichtigen der Bundeswehr zu kompensieren, eine strikte Absage.

Der DGB erwartet deshalb von der Landesregierung eine zukunftsweisende Personalpolitik, eine der Leistung der Polizeibeschäftigten angemessene Bezahlung und zusätzliche Investitionen in die Polizeitechnik. Nur so kann die Polizei unseres Landes auch in Zukunft ihre Aufgaben zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erfüllen.

Versammlungsfreiheit

Jedes öffentliche Gemeinwesen braucht die freie Meinungsäußerung seiner Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört auch und vor allem, sich friedlich zu versammeln, um gegen politische Entscheidungen zu demonstrieren und für bessere politische Lösungen zu werben.

Gerade gegen rechtsextremistische Umtriebe sollten die politischen RepräsentantInnen die Versammlungsfreiheit der demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürger einsetzen und Gegenveranstaltungen aktiv unterstützen.

Der DGB fordert,

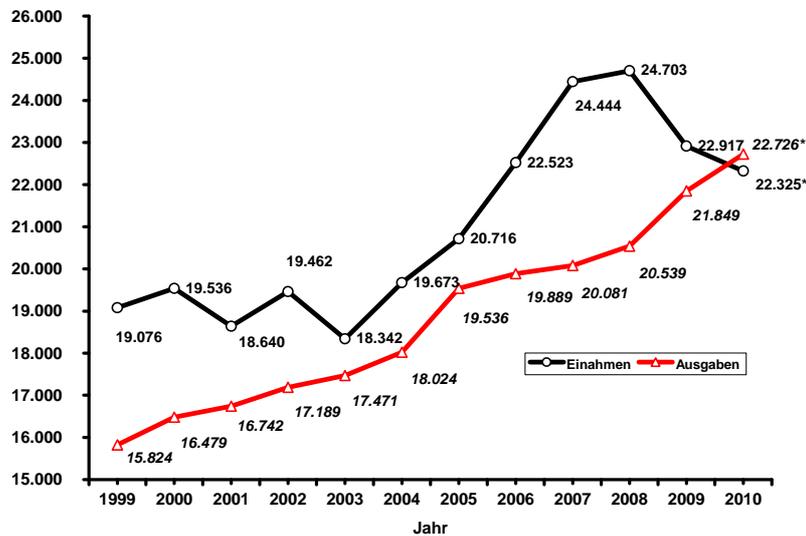
- dass das Land die Versammlungsfreiheit nicht durch überzogene und ungerechtfertigte behördliche Auflagen einschränkt,
- das grundgesetzlich geschützte Recht, sich friedlich zu versammeln, zu schützen und zu unterstützen, auch wenn es gelegentlich unbequem ist.

Allen Versuchen, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit einzuschränken, erteilen wir eine Absage.

Gemeindefinanzen stärken

Viele Gemeinden in Baden-Württemberg ächzen unter sinkenden Einnahmen, steigenden Ausgaben und Rekordschulden. In den Gemeinden wird über unsere Lebensqualität entschieden. Wir fordern ein Bündnis für die Kommunen, das sie in die Lage versetzt, ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge, der Bildung, der Sozialpolitik und der Kultur angemessen wahrzunehmen.

**Einnahmen und Ausgaben der laufenden Rechnung der Gemeinden/GV.
in Baden-Württemberg in Mio. Euro**



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2010 Schätzungen Gemeindetag BW.

Der DGB fordert von der Landesregierung:

- Keine Steuersenkungen zu Lasten der Kommunen!
- Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindefinanzierungssteuer ausgebaut werden.
- Die Zuweisungen des Bundes und des Landes an die Städte und Gemeinden müssen erhöht werden.
- Die Kommunen müssen bei der Finanzierung notwendiger Sozialausgaben entlastet werden.
- Für Kommunen in Haushaltsnotlagen müssen Mittel bereitgestellt werden.

Klimaschutz

Klimawandel, endliche Ressourcen sind zentrale Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Als Antwort hierauf brauchen wir eine sozial-ökologische Reformstrategie, die wirtschaftliche Effizienz, Ressourcen schonende Produktion, umweltgerechten Konsum und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet.

Der Klimawandel erfordert Anpassungsmaßnahmen, die großen Einfluss auf die Wirtschaft insgesamt und einzelne Sektoren haben werden. Ein konsequenter Umbau der Produktionsstrukturen hin zu Energie- und Ressourceneffizienz, Umwelttechnologien und Klimaschutz kann das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahrzehnt deutlich erhöhen.

Umwelt- und Klimapolitik kann dabei ein Motor für Innovation und Beschäftigung sein. Volkswirtschaften, die auf Effizienz und Ressourcenschonung setzen, werden die Gewinner des Umstrukturierungsprozesses sein. In den innovativen Branchen werden viele neue Arbeitsplätze entstehen.

Der DGB fordert von der Landesregierung

- die Entwicklung eines klaren und transparenten Ausstiegsszenarios für die fossilen Brennstoff
- eine deutliche Reduzierung des von Treibhausgasen
- Energie einzusparen und effizienter zu nutzen.

- Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung muss in Baden-Württemberg 2020 bei mindestens 40 Prozent und an der Wärmeerzeugung bei 20 Prozent liegen.
- Dieser Prozess muss auch in den nachfolgenden Jahren konsequent weiterbetrieben werden.
- Hierzu sind vor allem Investitionsprogramme für einen effizienteren Energieverbrauch, erneuerbare Energien und eine dezentrale Energiegewinnung (z.B. durch die energetische Sanierung von Gebäuden, Kraft-Wärme-Kopplung, Geothermie usw.) geeignet.

Für verschiedene Sektoren werden die klimapolitischen Anpassungsmaßnahmen negative Auswirkungen haben. Die Betroffenen bedürfen des besonderen Schutzes der Gesellschaft.

- Deshalb müssen faire Übergangsstrategien entworfen werden, die die Menschen nicht nur vor sozialem Abstieg und Armut schützen, sondern ihnen auch lebenswerte Zukunftsperspektiven und Beschäftigung bieten.
- Wir fordern hierfür konkrete Konzepte, die im Rahmen einer sozial-ökologische Reformstrategie entwickelt werden müssen.
- Es muss ein klares und nachhaltiges Bild einer CO₂-armen Wirtschaft entwickelt werden, für die veränderte Produktions- und Konsumverhalten die Grundlage bilden werden.

Dies muss eingebettet werden in eine Strategie für nachhaltige Entwicklung, die einen Investitionsschub auslöst und einen konsequenten Umbau der Produktionsstrukturen hin zu Energie- und Ressourceneffizienz zur Folge hat.

Konkrete Elemente einer solchen Strategie müssen u.a. sein:

- Eine Verstärkung der Programme zur energetischen Sanierung von privaten und öffentlichen Gebäuden und die Aufstockung der Förderbeträge.
- Mehr Investitionen in alternative Transportsysteme und den Ausbau des Schienennetzes und öffentlichen Nahverkehrs.
- Die Privatisierung öffentlicher Verkehrsbetriebe ist nicht hilfreich.
- Mehr Anreize für private und öffentliche Forschung in den Bereichen Klimaschutz und Energieeffizienz.
- Es muss ein klares Konzept für faire Übergangsstrategien und die Integration von sozialen Kriterien in alle Klimaanpassungspolitiken erarbeitet werden, um Anpassungsmaßnahmen stark betroffener Sektoren nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszutragen.
- Um dies zu realisieren, müssen u.a. Bildungsprogramme die Aus-, Weiter-, und informelle Bildung umfassen und schnell entwickelt und umgesetzt werden. Die Partizipation von Arbeitnehmern und Sozialpartnern auf betrieblicher, lokaler und nationaler Ebene muss erhalten und gesetzlich ausgebaut werden.

Niedrigemissionsland Baden-Württemberg

Baden-Württemberg kann ein Niedrigemissionsland werden, wenn der weitere Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erfolgt. Dies wird einer der wichtigsten Vermeidungshebel für die Treibhausgasemissionen sein.

- Dazu sind zukünftig erhebliche Investitionen in Windenergie, in die Nutzung von Freiflächen und Gebäuden für Photovoltaik sowie Biomassenutzung notwendig.
- Der DGB unterstützt alle Anstrengungen, die die Produktivität der erneuerbaren Energien verbessert und diese Steigerungen auch für die Senkung der Preise der Stromerzeugung genutzt werden.

- Gerade in den Industriesektoren können Treibhausgasemissionen sowohl durch fortgesetzte Steigerung der Energieeffizienz (z.B. durch den zunehmenden Einsatz effizienterer Antriebssysteme von Energiesparmotoren bis zu Elektroantrieben) als auch durch industriespezifische Einzelmaßnahmen reduziert werden.

Gleichzeitig können viele Branchen von einer Marktdynamik für eine ressourceneffiziente Industrie profitieren. Chemische Produkte sind an vielen Zukunftslösungen beteiligt:

- Beispiele sind Dämmmaterialien für Gebäude, organische Sensoren für hocheffiziente Photovoltaik, neue organische Substanzen für sparsame Beleuchtung (OLEDs), Materialien für Brennstoffzellen und andere Energiespeichersysteme oder Hochleistungspolymere für die Gewichtsreduzierung in Transportmitteln.
- Beschäftigungsstarke Branchen, wie der Maschinenbau, können davon profitieren, dass substantielle Umwandlungen in Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien (z.B. Windenergie, Photovoltaik) neue Investitionen in Maschinen und Anlagen auslösen.
- Ressourcensparende Maschinen und Anlagen finden Absatzchancen quer durch alle Industriezweige.
- Besseres Energiemanagement erfordert oft komplexere Mess- und Steuersysteme.
- Auch bei der Steigerung der Energieeffizienz bei Haushaltsgeräten und elektrischen Antrieben kommen Innovationen in der Elektrotechnik zum Einsatz.
- Bei der Landwirtschaft zeigen der Ökolandbau und die bäuerliche Landwirtschaft längst, dass eine klimaschonendere Alternativbewirtschaftung möglich und vor dem Hintergrund der gesteigerten Nachfrage nach Öko-Produkten auch nötig ist.

Klimafreundliches Wirtschaften

Eine zeitgemäße Dienstleistungs-, Industrie- und Handwerkspolitik in Baden-Württemberg steht unter dem Eindruck von Globalisierung und Demografie, Rohstoffverknappung und Klimawandel. Klimaschutz und ökologischer Umbau werden in Zukunft die industrielle Wertschöpfung prägen.

Auf dem Weltklimagipfel im Dezember 2009 in Kopenhagen wurde kein neues Klimaschutzabkommen unterzeichnet. In Kopenhagen haben sich aber eine Reihe von Schwellen- und Entwicklungsländern zumindest zu nationalen Minderungsmaßnahmen bekannt. Deshalb ist von einem Investitionsschub in Umweltschutztechnologien auf Grund neuer Klimaschutzmaßnahmen in diesen Ländern auszugehen.

- Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik fördert gezielt diese neuen industriellen Technologien, gute Dienstleistungen und Organisationsinnovationen.
- Der ökologische Umbau ist eine Notwendigkeit, gerade auch im Mittelstand. Aber für Qualitätsproduktion „Made in Baden-Württemberg“ auch eine Chance.

Energiewende einleiten, nachhaltige Energieversorgung entwickeln

Jetzt müssen die Weichen gestellt werden für einen effizienteren Umgang mit Rohstoffen und Energie. Wir wollen ein qualitatives und nachhaltiges Wachstum, das die Lebensqualität steigert und Beschäftigung sichert. Die Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken ist aufgrund bestehender Sicherheitsrisiken und der ungeklärten Entsorgungsproblematik nicht zu verantworten.

Der DGB fordert eine Politik der Energiewende im Land:

- Keine Laufzeitverlängerung – Atomausstieg jetzt!
- Verstärkter Einsatz erneuerbarer Energien.

- Die Steigerung des Wirkungsgrades beim Energieverbrauch.
- Energieeinsparung durch energetische Gebäudesanierung.

Wohnungsbau in Baden-Württemberg stärken

Wohnen ist ein elementares Grundbedürfnis. Die Wohnungsversorgung in Baden-Württemberg verschlechtert sich seit Mitte der 90er Jahre von Jahr zu Jahr. (1994; 101.716; 2009: 22.487 Wohnungen). Während in den ländlichen Gebieten ausgeglichene Wohnungsmärkte bestehen, verschärft sich in den Ballungsräumen und in den Universitätsstädten der Wohnungsmangel. Angesichts des spürbaren und vergrößerten Mangels an bezahlbaren Wohnungen fordern wir aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen:

- Eine deutliche Aufstockung der Wohnraumfördermittel in Höhe von 100 Mio. € jährlich für die nächsten fünf Jahre.
- Die Verdoppelung des Abschreibungssatzes im Mietwohnungsbau für die ersten fünf Jahre von 2 auf 4 Prozent, damit Anreize für Investitionen in Wohnungen gegeben werden.
- Die Anpassung des Wohnungsbestands an die älter werdende Gesellschaft.
- Die deutliche Anhebung der steuerlich absetzbaren Beträge für Arbeitskosten von Handwerkerleistungen im selbst genutzten Wohnungsbestand.

Zukunftsfähige Verkehrspolitik

Der Verkehrssektor ist ein zentraler Bestandteil der ökonomischen Infrastruktur in Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg gehört der Verkehr zu den Hauptemittenten und ist für 26 Prozent der Emissionen verantwortlich. Mobilität ist heute mehr denn je die Voraussetzung für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Sie eröffnet Märkte und Beschäftigungschancen, sie ermöglicht den Zugang zu Bildungs- und Freizeitangeboten. Zukunftsfähige Verkehrspolitik muss also als gesamtgesellschaftliche Gestaltungsaufgabe angesehen werden. Diesem Anspruch kann sie weder durch ausschließliches Bedienen wirtschaftlicher Interessen noch durch das Setzen von Umweltschranken allein gerecht werden. Notwendig ist vielmehr ein Ausgleich ökonomischer, ökologischer und sozialer Anforderungen.

Der Anspruch des DGB an eine nachhaltige Verkehrspolitik ist umfassend:

- Beschäftigungssicherheit und gute Arbeitsbedingungen im Verkehrssektor,
- hohe Lebensqualität und die Wahrung der Mobilität(chancen) als bedeutendes Gut für alle sozialen Gruppen,
- den Zugang zu anderen Menschen, Gütern und Dienstleistungen für alle mit möglichst geringem Transportaufwand und Ressourcenverbrauch zu gewährleisten.

Der DGB fordert eine zukunftsfähige Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur.

- An erster Stelle stehen der Erhalt der bestehenden Verkehrsinfrastrukturen und ihre Anpassung an neue Bedürfnisse.
- Zudem sind die Verkehre so umweltverträglich und sicher wie möglich abzuwickeln.
- In vielen Fällen heißt dies, Güter statt mit dem Lkw zukünftig auf dem Schiff oder der Schiene zu transportieren.

Gerade diese beiden umweltverträglicheren Verkehrsmittel weisen jedoch die schwächsten Wachstumsraten auf, haben also Probleme, neue Märkte zu erschließen.

- Ein Mittel zur Stärkung von Schiene und Schiff besteht darin, die Vernetzung aller Verkehrsträger durch den Ausbau der Knotenpunkte weiter voranzutreiben.
- Ein weiterer Lösungsansatz besteht darin, das Entstehen von Verkehren zu verhindern bzw. zu verringern.
- Das Land selbst sollte sich in Form eines zukünftigen Schwerpunktes der Förderung dafür einsetzen, dass - neben weiteren Effizienzsteigerungen beim Transport - neue Allianzen und kooperative Logistikkonzepte und eine verstärkte Bündelung auch kleinteiliger Sendungen zum optimalen Zusammenspiel der einzelnen Güterverkehre beitragen.
- Im Güterverkehr sind regionale Cluster ein Vorbild bei der Transportminimierung, die zudem die Unabhängigkeit von externen Ereignissen erhöhen.
- Im Bereich der Mobilität von Personen ist es die "Stadt der kurzen Wege", die Verkehr vermeiden kann.

Nur wenn sich das baden-württembergische Verkehrssystem den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen gleichermaßen stellt, ist es zukunftsfähig – und nur so können Arbeitsplätze im Fahrzeugbau, in der Logistik, im ÖPNV oder bei den Eisenbahnen gesichert und ausgebaut werden.

- Die Überlegungen des Landes, sich für neue Wege der Verkehrsfinanzierung durch privates Kapital einzusetzen und die Einführung einer Pkw-Maut, werden vom Deutschen Gewerkschaftsbund scharf kritisiert und vehement abgelehnt.

ÖPNV

Mit Blick auf steigende Kfz-Kosten sowie steigendem Umweltbewusstsein von Bürgerinnen und Bürgern muss die Landesregierung den ÖPNV zukunftsfester gestalten. Hierzu gehört eine bessere Erreichbarkeit von Zielen. Dies schließt insbesondere auch eine Verbesserung der Bewegungsfreiheit für Frauen mit ein. Ebenso müssen Konzepte auch in ländlichen Regionen entwickelt werden, die eine neue Art von öffentlichem Individualverkehr Raum bietet. Eine Mischung aus ÖPNV, Mitfahrgelegenheiten/-börsen und Car-Sharing-Angebote kann eine Alternative zum privaten Auto darstellen.

Der DGB fordert:

- grundsätzliche Anbindung von Wohngebieten und Arbeitsstätten an den ÖPNV
- regionale/ örtliche Verkehrskonzepte, städtebauliche Verträge in Kooperation mit örtlichen Verkehrsbetrieben,
- Beschleunigung des ÖPNV durch eigene Spuren oder separate Gleiskörper
- Vorrangschaltungen durch Ampeln an Orten erhöhten Verkehrsaufkommens
- wohnungsnah und betriebsnahe Haltestellen
- Taktzeiten auch an den betrieblichen Erfordernissen auszurichten
- eine Verbesserung der Haltestelleninfrastruktur und Umsteigequalität
- die Integration des örtlichen in den regionalen ÖPNV
- die Einrichtung von einem ständigen Arbeitskreis zur Defizit- und Konfliktregelung
- den Ausbau schienengebundener Netze
- den Ausbau von Park & Ride-Plätzen
- Sozialtickets für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger
- Einrichtung eines Fahrgastbeirates innerhalb der Verkehrsverbände.

Radverkehr

Der Radverkehr muss in Baden-Württemberg deutlich ausgebaut werden. Wir fordern von der Landesregierung die Schaffung eines fahrradfreundlichen Mobilitätsklimas, um den Radverkehrsanteil im Land weiter zu steigern.

Die erforderliche Unterstützung des Landes könnte im Bereich der Schaffung von Anreizen erfolgen, wie z.B.

- die Entwicklung eines landesweiten Radroutenplaners im Internet, nach Möglichkeit mit Hinweisen zum Schwierigkeitsgrad der Route
- die Bereitstellung von zusätzlichen komfortablen und sicheren Fahrradstellplätzen
- die Subventionierung der Anschaffung von Elektrofahrrädern
- die Einführung einer Pendlerpauschale auch für Radfahrerinnen und Radfahrer
- die Förderung von Betrieben und öffentlichen Verwaltungen, die für die FahrradfahrerInnen z.B. Duschen sowie Spinde und Trockenräume für die Garderobe bereitstellen.

Fußgänger

Sollen Menschen häufiger zu Fuß gehen, ist es insbesondere in den Städten und Gemeinden erforderlich, das Zu-Fuß-Gehen bequemer, sicherer und attraktiver zu gestalten.

Dazu erwartet der DGB die rasche Umsetzung folgender Maßnahmen, wie z.B.

- die bestehenden Fußgängerverkehrsanlagen auf die erforderlichen kriminalpräventiven Maßnahmen zu überprüfen,
- die Einsehbarkeit und Beleuchtung von Fußwegen zu verbessern usw.

Gute Arbeit

Arbeit darf nicht arm machen: gesetzlicher Mindestlohn!

Für immer mehr Menschen reicht der Lohn ihrer täglichen Arbeit nicht mehr zum Leben. Zum Beispiel erhält ein Teil der Beschäftigten im Bewachungsgewerbe pro Stunde 6,80 Euro, eine Floristin gar nur 5,70 Euro. Damit die Menschen von ihrer Arbeit leben können, brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro.

- Wir erwarten von der künftigen Landesregierung, dass sie diese Forderung des DGB unterstützt.

Mit regionaler Vernetzung Arbeitsplätze schaffen

Wir wollen die Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den baden-württembergischen Regionen.

- Wir fordern von der Landesregierung Initiativen, die die Kooperation und Vernetzung zwischen den verschiedenen Akteuren in den Regionen des Landes fördern, insbesondere zwischen
 - Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik,
 - Unternehmen innerhalb einer Wertschöpfungskette,
 - der regionalen Wirtschaft und der Wissenschaft.

Prekäre Beschäftigung und Leiharbeit reduzieren

Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse nehmen auch in Baden-Württemberg immer weiter zu. Besonders stark von Niedriglöhnen betroffen sind Beschäftigte in Minijobs, unter 25-Jährige, befristet Beschäftigte, gering Qualifizierte, Ausländerinnen und Ausländer und Frauen. Von den knapp 4 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land arbeiteten im September 2010 über 90.000 Beschäftigte als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Das entspricht einer Steigerung von 56 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 2009 arbeiteten bereits 1,1 Millionen Menschen in Minijobs.

Wir fordern: Der Beschäftigungsaufbau darf nicht weiter über Leiharbeit und prekäre Arbeitsverhältnisse laufen. Das ist keine Perspektive. Für uns heißt es nicht „Hauptsache Arbeit“ oder „Arbeit um jeden Preis“, sondern „Gute Arbeit“.

- Die Leiharbeitsbranche muss in das Entsendegesetz aufgenommen werden. Damit besteht die Möglichkeit, den DGB-Tarifvertrag für allgemeinverbindlich zu erklären. Das Ziel muss sein, die tariflichen Löhne weiter den Löhnen in den Einsatzbetrieben anzugleichen.
- Damit Leiharbeit nicht ein Ersatz für Dauerarbeitsplätze wird, muss nach einer mehrmonatigen Verleihdauer der Lohn des Einsatzbetriebes gezahlt werden, und zwar ohne Ausnahme.
- Die Subventionierung der Minijobs durch den Verzicht auf Sozialversicherungsbeiträge ist arbeitsmarktpolitisch nicht mehr zu rechtfertigen. Stattdessen sollten nur noch dann Subventionen gezahlt werden, wenn die Beschäftigung dauerhaft existenzsichernd und sozial abgesichert ist.
- Ein-Euro-Jobs müssen – wie per Gesetz vorgeschrieben – die Ausnahme bleiben. Wenn darüber hinaus Beschäftigung öffentlich gefördert werden soll, muss diese Beschäftigung sozialversicherungspflichtig sein, und es muss mindestens ein Lohn von 8,50 Euro pro Stunde gezahlt werden.
- Notwendig sind Arbeitsmarktprogramme zur gezielten Förderung von arbeitslosen Jugendlichen, MigrantInnen, Menschen mit Behinderungen, gering Qualifizierten und Älteren sowie für den Wiedereinstieg nach einer Familienphase.
- Der DGB fordert ferner Projekte zur betrieblichen und individuellen Weiterbildung, damit das lebensbegleitende Lernen auch Realität werden kann.

Arbeit fördern statt Arbeitslose bestrafen

Das Verhältnis zwischen Fördern und Fordern stimmt nicht. Wir wollen, dass Arbeitslose vor allem gefördert und weniger unter Druck gesetzt werden. Das Hartz-IV-System gehört auf den Prüfstand.

- Qualifizierung und Weiterbildung müssen an die Stelle des Drucks durch Transferkürzungen und verschärfte Zumutbarkeit treten.
- Wir brauchen eine deutliche Erhöhung der Hartz IV-Sätze.
- Eine Vermittlung darf nur in Arbeit mit dem Mindestlohn von 8,50 Euro erfolgen.
- Der Ausbau von öffentlichen Angeboten, sozialen Dienstleistungen und von Kultur- und Freizeiteinrichtungen ist die Alternative zur passiven Finanzierung von Langzeitarbeitslosigkeit.

Nachhaltige Industrie- und Dienstleistungspolitik

Das Zusammenwirken von Industrie und Dienstleistungen ist von großer Bedeutung für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land. Der industrielle Sektor bildet in Baden-Württemberg bis heute das Fundament für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Die Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Volkswirtschaft ist dabei durch einen engen Verbund von industrieller Produktion und industrienahen Dienstleistungen geprägt. Die heutige Industrie besteht aus einer hochkomplexen Fertigung mit einem hohen Anteil anspruchsvoller Tätigkeiten und einem hohen Anteil von Wissenschaft und Forschung. Baden-Württembergische Industrieunternehmen sind in vielen Bereichen Weltmarktführer oder ein zentrales Glied in der Wertschöpfungskette für viele Endprodukte.

Die Zukunft der baden-württembergischen Industrie sichern durch eine aktive und nachhaltige Industriepolitik, die

- aktuell die baden-württembergische Industrie durch die Krise hindurchführt;
- gesellschaftspolitisch relevante Zukunftsfelder für Wachstum und Beschäftigung entwickelt;
- die technologische Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der industriellen Branchen stärkt;

- die Industriebeschäftigung qualitativ und quantitativ sichert und ausbaut;
- den Industriesektor für den internationalen Wettbewerb fortentwickelt.

Die Industriepolitik hat dabei die Aufgabe, den strukturellen Wandel hin zu umweltverträglichen Produkten und Produktionsverfahren sozial und ohne beschäftigungspolitische Verwerfungen zu gestalten. Mittel- und langfristig müssen industriepolitische Kompetenzen aufgebaut werden, die ökonomische Notwendigkeiten mit beschäftigungspolitischen und ökologischen Aspekten verbinden.

Aus beschäftigungspolitischer Sicht muss eine aktive Industriepolitik

- ökonomische, ökologische und soziale Fehlentwicklungen verhindern oder korrigieren;
- die berufliche Qualifikation und soziale Kompetenz der Beschäftigten erhöhen;
- die Grundlage für die soziale und gesellschaftliche Akzeptanz von Umstrukturierungen liefern;
- die erforderliche Zeit für beschäftigungspolitische, regionale und betriebliche Anpassungen einräumen;
- dauerhafte Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven über gesicherte Übergänge in neue Beschäftigung, lebenslanges Lernen und eine regional ausgewogene Entwicklung gewährleisten;
- gesellschaftlich notwendige Umstrukturierungen über Innovationen forcieren;
- den globalen Verdrängungswettbewerb durch einen internationalen Gestaltungswettbewerb um nachhaltige industrielle Problemlösungen ersetzen.

Bestandteile einer aktiven und nachhaltigen Industriepolitik sind aus Sicht des DGB:

- Einrichtung eines Public Equity Fonds
- Finanzhilfen nach Beschäftigung und Kriterien „Guter Arbeit“ ausrichten
- Strukturwandel politisch gestalten – gewerkschaftliche Beteiligungsrechte sichern
- Innovationspfad sichern - Wissensbasierte Industrie und Dienstleistungsgesellschaft entwickeln
- Leitmärkte definieren, Entwicklungsszenarien erarbeiten
- Institutionellen Rahmen schaffen

Prävention stärken

Eine Arbeitswelt, die jedes Jahr mehr Frührentnerinnen und Frührentner erzeugt, kann nicht akzeptiert werden. Statt einer Erhöhung des gesetzlichen Renten-/Pensions-Alters brauchen wir Arbeitsplätze, die es den Beschäftigten erlauben, gesund in Rente/Pension zu gehen. Gesundheitsprävention durch „Gute Arbeit“ ist angesichts der älter werdenden Gesellschaft eine Zukunftsaufgabe. Dazu benötigen wir:

- altersgerecht gestaltete Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen über die gesamte Erwerbsbiografie
- die Entwicklung betriebsbezogener gesundheitlicher Präventionsprogramme
- eine kontinuierliche Weiterbildung.

Gute Bildung

Teilhabe an der Wissensgesellschaft sichern - Fachkräftebedarf decken

Der DGB fordert, dass die Ergebnisse der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ schnell umgesetzt werden.

- Aufbau einer flächendeckenden trägerunabhängigen Bildungsberatung
- Einführung eines Weiterbildungsgesetzes mit Freistellungsansprüchen (Bildungsurlaub)
- Bei der Vergabe öffentlicher Mittel müssen fachliche und pädagogische Kriterien berücksichtigt werden

- Verbesserte Anerkennung ausländischer Qualifikationen
- Weiterentwicklung der Weiterbildung zu einer gleichberechtigten Säule im Bildungswesen
- Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen
- Die Arbeitsbedingungen der in der Weiterbildung Beschäftigten müssen verbessert werden.

Frühkindliche Bildung ausbauen

Eltern wollen Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Frauen wollen Chancengleichheit beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Darüber hinaus werden in den ersten Lebensjahren die Grundlagen für das Lernen geschaffen. Aber das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren ist - besonders im ländlichen Raum – noch immer unzureichend. Der Anteil der Ganztagesplätze ist gering. Die aktuellen Qualitätsstandards für das Land reichen nicht aus. Der Ausbau der Kindertagespflege darf nicht zu Einbußen bei der Qualität der frühkindlichen Bildung führen.

- Der DGB fordert ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes, wohn- bzw. arbeitsortnahes Netz von Angeboten der frühkindlichen Bildung.
- Die Aus- und Weiterbildung sowie die Gehälter von Erzieherinnen und Erziehern müssen kontinuierlich den wachsenden Anforderungen und der Bedeutung der Tätigkeit angepasst werden.
- Der Orientierungsplan ist verbindlich umzusetzen.
- Die Fachkraft-Kind-Relation ist zu verbessern.

Länger gemeinsam lernen

Besonders in Baden-Württemberg ist der Zusammenhang zwischen sozialem Status und Bildungschancen groß. Deshalb fordert der DGB eine gute Schule für alle, die möglichst alle Schülerinnen und Schüler zu einem erfolgreichen Schulabschluss führt. Längeres gemeinsames Lernen in Ganztagesesschulen, individuelle Förderung in kleinen Klassen sowie projektbezogenes und selbstorganisiertes Lernen müssen in den Vordergrund gestellt werden. Schule muss zu einem zentralen Lebensraum für die dort Lernenden und Arbeitenden werden.

- Die frühe Trennung der Kinder nach der vierten Klasse muss abgelöst werden durch längeres gemeinsames Lernen aller Kinder. Dadurch verringern wir die soziale Auslese und sichern Chancengleichheit für alle.
- Gebundene Ganztagschulen müssen als Regelangebot für alle Schularten eingeführt werden.
- Sicherung wohnortnaher Schulstandorte durch eine Schule für alle.

Berufsausbildung statt Maßnahmekarrieren – Weniger ist mehr: den Übergang von der Schule in den Beruf neu gestalten

An die Stelle des Dschungels von Übergangsmaßnahmen in Schulen und bei Trägern müssen klar strukturierte und auf den Abschluss einer Berufsausbildung zielende, klar strukturierte Übergänge treten. Berufsvorbereitung muss denen vorbehalten sein, die zusätzliche Unterstützung benötigen. Alle anderen brauchen ein Ausbildungsangebot. Die Berufsvorbereitung muss gezielt Defizite beseitigen und auf Anschlüsse in der Ausbildung hinzielen. Allen Jugendlichen in der Berufsvorbereitung muss ein Anschluss in Ausbildung garantiert werden.

- Verankerung der individuellen Berufs- und Studienorientierung in allen Lehrplänen
- Dualisierung der Berufsvorbereitung durch Kooperation von Schulen und Betrieben
- Integration in Ausbildung mit ausbildungsbegleitenden Hilfen (Nachhilfe, sozialpädagogische Betreuung) statt Maßnahmekarrieren
- Professionalisierung des Personals am Übergang von der Schule in den Beruf

- Ausbau des regionalen Übergangsmanagements unter Beteiligung der Kommunen
- Individuelle Berufswegeplanung für alle Jugendlichen

Grundrecht auf eine qualifizierte Ausbildung für alle Jugendlichen

Mehr als 10.000 Jugendlichen in Baden-Württemberg konnte 2010 der Wunsch nach einer qualifizierten Ausbildung im Dualen System nicht erfüllt werden. Seit Jahren münden weniger als die Hälfte der Jugendlichen in eine Ausbildung ein. Die Bugwelle der Altbewerberinnen und Altbewerber ist noch immer hoch. Nur ein Bruchteil der Betriebe beteiligt sich noch an der Ausbildung.

Für das Jahr 2012 muss das Ausbildungs- und Studienplatzangebot an die erhöhte Nachfrage durch den doppelten Abiturientenjahrgang (G8) und die Aussetzung der Wehrpflicht angepasst werden.

- Das Land muss selbst mit gutem Beispiel vorangehen und das Ausbildungsplatzangebot in den Verwaltungen erhöhen.
- Das „Recht auf Ausbildung“ für alle Jugendlichen muss an die Stelle von „Maßnahmekarrieren“ treten.
- Für die Jahre 2011 und 2012 muss das Ausbildungs- und Studienplatzangebot an die erhöhte Nachfrage angepasst werden, die auf Grund der Aussetzung der Wehrpflicht und des doppelten Abiturientenjahrgangs (G8) entsteht.
- Der Erwerb der Fachhochschulreife parallel zur Ausbildung muss Regelangebot und über einen zweiten Berufsschultag abgedeckt werden (Ausbildung Plus).

Bessere Ausstattung der Schulen

Die Schulen in Baden-Württemberg leiden unter Unterrichtsausfall, fehlenden Lehrerinnen und Lehrern und zu wenig jungen Lehrkräften. Eines der größten Probleme im dualen System ist der Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen. So betrug der rechnerische Fehlstundenanteil an den beruflichen Schulen in Baden-Württemberg im Schuljahr 2008/2009 im Durchschnitt 4,6 % der Sollstunden¹. Dieser Unterrichtsausfall schwankt regional sehr stark. So betrug er im Schuljahr 2008/2009 im Landkreis Konstanz „nur“ 1,4 %, im Landkreis Calw dagegen 12,3 %. Dramatisch ist teilweise der Blick auf die einzelnen Schulen. Ein strukturelles Defizit, wie z.B. an der Wilhelm-Maybach-Schule Stuttgart-Bad Cannstatt von 17,2 % im Schuljahr 2008/2009,² ist nicht akzeptabel. Besonders betroffen sind dabei die gewerblichen Schulen, bei denen der Unterrichtsausfall deutlich höher liegt als an kaufmännischen Schulen. Zum strukturellen Defizit kommt noch der Unterrichtsausfall (durch Krankheit, Weiterbildung usw.) hinzu. Der Unterrichtsausfall gefährdet die hohe Qualität des dualen Systems und muss schnellstmöglich abgebaut werden. Schulsozialarbeit ist nicht flächendeckend verankert.

- Die Unterrichtsversorgung muss durch die Einstellung von mehr Lehrerinnen und Lehrern gesichert und es müssen zusätzlich Personalreserven für Krankheit, Fortbildung, usw. aufgebaut werden. Die demographische Rendite auf Grund sinkender Schülerzahlen muss im System bleiben und zum Abbau von Unterrichtsausfall, zur individuellen Förderung, Fremdsprachenunterricht an beruflichen Schulen, zur Senkung des Klassenteilers und damit zur Qualitätsverbesserung genutzt werden.
- Das Land muss sich an der Finanzierung der Schulsozialarbeit angemessen beteiligen.

Ausbildung Plus:

Ausbildung mit Fachhochschulreife als Regelangebot

Ein weiterer Ausbau des Angebotes des dualen Berufskollegs (Duale Ausbildung plus Fachhochschulreife) wäre sehr begrüßenswert, um die Attraktivität des dualen Systems zu steigern. Das Modell des dualen Berufskollegs in

¹ Drucksache 14 / 4443 , Landtag Baden-Württemberg

² Drucksache 14 / 4603 , Landtag Baden-Württemberg

Baden-Württemberg wurde in einer Befragung der OECD sehr positiv bewertet und eine Ausdehnung auf andere Bundesländer angeregt.

Leider scheitert diese Möglichkeit häufig an der mangelnden Bereitschaft der Betriebe, die Auszubildenden für den zeitlichen Mehraufwand freizustellen.

- Die duale Ausbildung soll mit dem Erwerb der Fachhochschulreife durch die Einführung eines zweiten Berufsschultags verbunden werden

Schulische Weiterbildung sichern – Berufliche Gymnasien ausbauen

Schulabsolventinnen und –absolventen mit mittlerem Bildungsabschluss, die keinen Ausbildungsplatz im dualen System finden, qualifizieren sich häufig in vollzeitschulischen Bildungsgängen weiter und zeigen damit eine hohe Motivation zur Weiterqualifizierung. Insbesondere die beruflichen Gymnasien sind Schulen des sozialen Aufstiegs. Die Landesregierung stellt jedoch keine bedarfsgerechten Schulangebote zur Verfügung. Insbesondere an den Beruflichen Gymnasien standen im Schuljahr 2010/11 26.982 Bewerberinnen und Bewerber, die die Zugangsvoraussetzungen erfüllten, lediglich 17.609 Schulplätze zur Verfügung. Die Auswahl erfolgt dann über ein Auswahlverfahren auf Grundlage der Schulnoten.

- Das Angebot an Beruflichen Gymnasien und Berufskollegs zur Erlangung der Fachhochschulreife muss flächendeckend bedarfsgerecht ausgebaut und weiterentwickelt werden.
- Der Rechtsanspruch auf einen Schulplatz an Beruflichen Gymnasien und Berufskollegs zur Erlangung der Fachhochschulreife ist sicherzustellen.

Hochschulen sozial öffnen und demokratisch gestalten

Die Hochschulen müssen durch die Gesellschaft demokratisch kontrollierbar und steuerbar sein. Eine direkte Beteiligung und Einflussnahme von Unternehmen an Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen lehnt der DGB ab. Die Hochschulen bieten derzeit nur wenige berufsbegleitende Studiengänge für beruflich Qualifizierte ohne Abitur an. Die Anrechnung beruflicher Qualifikationen auf ein Studium ist für die Hochschulen nicht verpflichtend.

- Die Mitbestimmungsgremien an den Hochschulen sind demokratisch zu gestalten.
- Die Verfasste Studierendenschaft ist wieder einzuführen.
- Studiengänge müssen unter Beteiligung der Gewerkschaften entwickelt und das Studium als wissenschaftliche Berufsausbildung ausgestaltet werden.
- Vor- und Brückenkurse der Hochschulen müssen entwickelt und angeboten werden, um den Studienerfolg zu sichern und Studienabbrüche zu verhindern.
- Das Bafög muss bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- Die Hochschulen sind für beruflich Qualifizierte zu öffnen, berufsbegleitende Studiengänge sind unter Beteiligung der Sozialpartner aufzubauen und die Anrechnung beruflicher Kompetenzen ist an allen Hochschulen verbindlich zu regeln.
- Der Hochschulzugang ist für Absolventen einer dualen Ausbildung ohne zusätzliche Eignungsprüfung zu öffnen.
- Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen.

Streichung aller Bildungsgebühren von der Kita bis zur Hochschule

Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden muss. Bildung erfordert öffentliche Investitionen in Gebäude, Ausstattung, Lehr- und Lernmaterial sowie qualifiziertes Personal.

Individuelle Kostenbeteiligungen in Form von Beiträgen und Gebühren lehnt der DGB ab.

Mehr Demokratie wagen!

Bürgerbegehren und –entscheide erweitern und erleichtern

Baden-Württemberg ist durch eine Volksabstimmung am 09.12.1951 entstanden. Heute trägt das Land in Sachen direkter Demokratie mit dem Saarland die rote Laterne. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes mehr in politische Entscheidungen einbeziehen. Die Landesregierung blockt bisher alle Initiativen ab. Sie muss vor der Landtagswahl eindeutig erklären, ob und wie sie die viel zu hohen Hürden für Volksabstimmungen in der Landesverfassung (Art. 59 und 60) senken will. Dann können die Wählerinnen und Wähler sich entscheiden, welchen Politikstil sie bevorzugen.

- Überfällig ist die Erleichterung von Bürgerentscheiden und Volksabstimmungen, wie sie das vom DGB unterstützte „Bündnis für mehr Demokratie in Baden-Württemberg“ seit langem fordert.
- Für die Einleitung eines landesweiten Volksbegehrens soll die Unterstützung von fünf Prozent der Wahlberechtigten (knapp 400.000) genügen. Die Unterschriften müssen frei und in einem Zeitraum von 6 Monaten gesammelt werden dürfen. Bei der Volksabstimmung selbst sollte es kein Zustimmungsquorum geben.
- Nötig ist eine Mediation bei Großprojekten schon im Planungsstadium.

Mehr Demokratie durch Mitbestimmung

In der Krise hat sich gezeigt, dass die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Aufsichtsräten und Betriebsräten maßgeblich zur Beschäftigungssicherung beigetragen hat.

- Wir fordern den Ausbau der Mitbestimmung auf Unternehmensebene und eine Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte im Betriebsverfassungsgesetz.

Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

In Baden-Württemberg leben und arbeiten Menschen verschiedener Herkunft, Hautfarbe und Glaubensüberzeugung. Das Miteinander so vieler Menschen erleben wir als eine Bereicherung. Wir haben allen Grund, wachsam zu sein und dürfen nicht zulassen, dass der rechtsextreme Ungeist an Boden gewinnt. Die Zahl der Menschen mit rechtsextremen Einstellungen ist nach wie vor groß, auch in Baden-Württemberg. Intoleranz und Gewalt, egal, wie sie motiviert sind, müssen geächtet und bekämpft werden. Dabei dürfen wir uns nicht auf symbolische und kurzfristige Aktionen beschränken. Wir brauchen vielmehr ein ganzes Strategiebündel aus längerfristig angelegten und nachhaltig wirksamen Aktivitäten. Eine tragfähige Strategie gegen Rechtsextremismus erfordert einen langen Atem, Strukturen und Ressourcen. Es gilt, den Blick auf die Entstehung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu lenken. Dabei müssen die aktuellen ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen der Gesellschaft stärker in den Blick kommen.

- Die Gewerkschaften und der DGB Baden-Württemberg werden nicht zulassen, dass Menschen auf Grund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihres Geschlechts, körperlicher oder geistiger Behinderungen, oder anderer Besonderheiten, diskriminiert, ausgegrenzt oder angegriffen werden.
- Wir fordern alle Wählerinnen und Wähler auf: Geben Sie Ihre Stimme nur demokratischen Parteien und solchen Kandidatinnen und Kandidaten, die nicht mit Vorurteilen auf Stimmenfang gehen.
- Wir fordern ein Verbot der NPD.

Integration fördern ... zusammen arbeiten, zusammen leben!

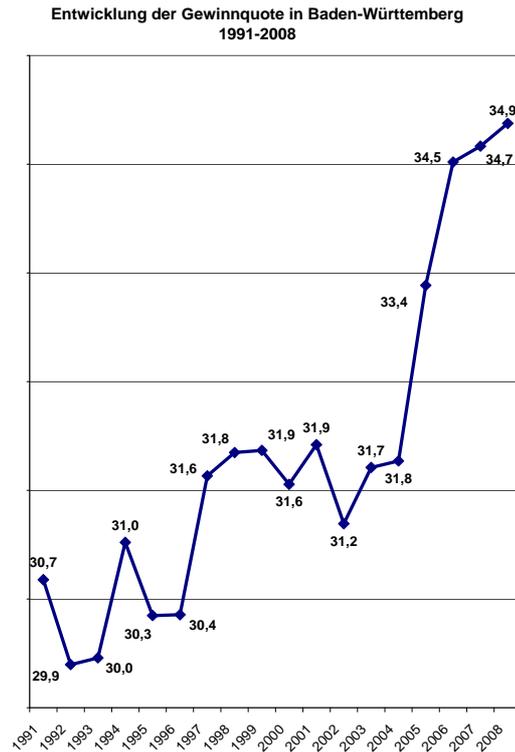
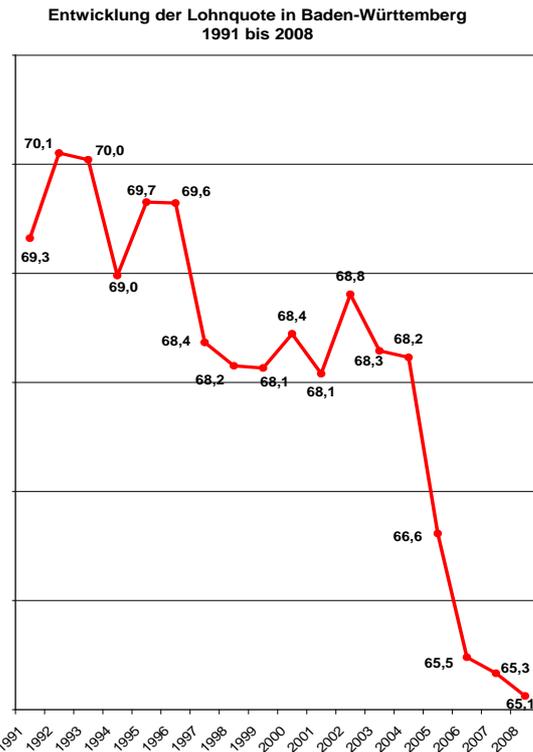
Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland. Migrantinnen und Migranten sind überproportional benachteiligt beim Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Eine abgeschlossene Schulbildung auf möglichst hohem Niveau ist aber Voraussetzung für die Integration in das Berufsleben. Viele sprechen aber nicht nur mehrere Sprachen, sondern bewegen sich mühelos in verschiedenen Kulturen. Das könnten Betriebe als Potential nutzen. Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration von Migrantinnen und Migranten ist ihre gleichberechtigte Beteiligung in Wirtschaft und Gesellschaft.

- Hierzu gehört ein Aufenthaltsrecht, das einen sicheren und dauerhaften Aufenthalt ermöglicht. Die deutsche Staatsbürgerschaft sollte den hier lebenden Migrantinnen und Migranten schnell und unkompliziert verliehen werden, um die Integration zu erleichtern.
- Alle langjährig in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer sollen das aktive und passive Wahlrecht auf der kommunalen Ebene erhalten.
- Wir brauchen in unseren Schulen Fördermaßnahmen für Kinder mit Migrationshintergrund als integrativen Bestandteil des Unterrichts.
- Migrantinnen und Migranten müssen beim Übergang von der Schule in die duale Ausbildung gezielt gefördert, Jugendliche mit besonderen Problemen individuell betreut werden.
- Im Ausland erworbene gleichwertige Qualifikationen müssen anerkannt werden.

Soziale Gerechtigkeit

Den Reichtum gerecht verteilen

Die Verteilung von Einkommen und Vermögen wird immer ungerechter. Während die Lohneinkommen kaum steigen, haben sich die Gewinne kräftig erhöht. Auch bei den Vermögen klafft die Schere immer weiter auseinander. Die Steuerpolitik der vergangenen Jahre hat zur ungerechter werdenden Verteilung beigetragen. Entlastet wurden vor allem hohe Einkommen und Unternehmen.



Quelle: Arbeitskreis volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder. Eigene Berechnungen und Darstellung

- Wenn Leistung sich lohnen soll, dann müssen die Löhne und Gehälter Schritt halten mit der Produktivität und der Preissteigerung. Das ist nicht nur eine ökonomische Notwendigkeit, sondern auch ein Gebot der Gerechtigkeit.

Steuergerechtigkeit herstellen

Neben der wachsenden Ungleichverteilung führte die Steuerpolitik zu gewaltigen Einnahmeausfällen in den öffentlichen Haushalten. Statt über Leistungskürzungen oder gar -streichungen sowie Steuererhöhungen nachzudenken, fordern wir eine stärkere Besteuerung hoher Einkünfte, um Zukunftsaufgaben wie Bildung, Soziales und Innovationen zu finanzieren, insbesondere

- eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes
- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- die höhere Besteuerung großer Erbschaften
- die nachhaltige Erhöhung der Staatseinnahmen über einen effektiveren Steuervollzug – dazu bedarf es mehr Personal
- eine Finanztransaktionssteuer, um die Verursacher der Krise in Haftung zu nehmen und Spekulationen künftig zu erschweren.

Ein solidarisches Gesundheitssystem

Der DGB wendet sich entschieden gegen eine Politik der sozialen Kälte. Er fordert die künftige Landesregierung auf, sich am Leitbild eines demokratischen, solidarischen und zukunftsfähigen Sozialstaats zu orientieren.

- Der DGB lehnt die Gesundheitspolitik von Schwarz-Gelb ab.

- Unser Ziel ist es, dass den Versicherten die Kopfpauschale erspart bleibt.
- Wir wollen die unsolidarischen Zusatzbeiträge abschaffen, die paritätische Finanzierung wiederherstellen und die Gesetzliche Krankenversicherung zur Bürgerversicherung weiterentwickeln.

Gutes Auskommen im Alter – keine Rente und Pension mit 67

Die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters wirkt für viele wie eine Rentenkürzung. Schon heute liegen die Altersrenten in Baden-Württemberg aufgrund der Rentenkürzungen im Schnitt nur noch bei 720 Euro. Nur 23,4 Prozent aller 60 bis 64-Jährigen in Baden-Württemberg sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Und mehr als jeder Vierte aller Arbeitslosen im Bundesland ist älter als 50 Jahre. Der Gefahr wachsender Altersarmut wegen prekärer Beschäftigung, instabiler Erwerbsverläufe und Rentenkürzung muss begegnet werden.

- Der DGB lehnt die Erhöhung des gesetzlichen Renten- und Pensionsalters auf das 67. Lebensjahr weiterhin ab.
- Wir benötigen flexible, sozialstaatlich abgesicherte Regelungen für den Übergang in den Ruhestand, vor allem für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die durch ihre berufliche Tätigkeit starken körperlichen oder psychischen Belastungen ausgesetzt und deswegen im Alter gesundheitlich beeinträchtigt sind.
- Statt Rente und Pension mit 67 brauchen wir eine Erwerbstätigenversicherung, in die Alle einzahlen. Das schafft neue Spielräume für mehr soziale Sicherheit im Alter.